**Migrationspolitik in Diskussion: Argumente für und gegen eine liberalere Migrationspolitik**

|  |  |
| --- | --- |
| **Argumente für eine liberale Migrationspolitik** | **Argumente für eine restriktive Migrationspolitik** |
|  |  |
|  | Europäische Staaten können nicht so viele MigrantInnen aufnehmen; die Integration von Menschen, die bereits in EU-Staaten leben, muss Vorrang vor der Aufnahme weiterer MigrantInnen haben. |
| Das Bild, das Medien und manche Parteien von ImmigrantInnen zeichnen, ist einseitig und verzerrt. Es gibt soziale Probleme. Aber der allergrößte Teil der MigrantInnen ist sozial und wirtschaftlich gut integriert. | Europäische Staaten sind mit einer Reihe sozialer Herausforderungen / Problemen konfrontiert, die die Folge einer gescheiterten (oder: nicht vorhandenen) Integrationspolitik in den letzten Jahrzehnten sind. Dazu zählen Ghettoisierung, die Unfähigkeit, v.a. junge männliche Migranten aus sehr traditionell-patriarchalen Kulturen sozial zu integrieren, Tendenzen der Radikalisierung in Teilen der Einwanderer-Communitys. Eine liberale Einwanderungspolitik würde diese Probleme verschärfen. |
| Die demographische Bevölkerungsstruktur in vielen westeuropäischen Ländern (v.a. Österreich, D.) ist „ungesund“; es gibt zu wenig Geburten / junge Menschen. In einigen Jahren werden in vielen Bereichen Arbeitskräfte fehlen. In manchen Branchen fehlen sie bereits heute. Nur durch Zuwanderung kann eine „gesunde“ demographische Struktur gesichert werden. Und nur durch Zuwanderung kann der Arbeitskräfte-Bedarf in Zukunft gesichert werden. | Europäische Staaten sind heute mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit konfrontiert. Vor allem niedrig qualifizierte Menschen können im Arbeitsmarkt nur noch sehr schlecht untergebracht werden. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, Menschen mit niedriger Qualifikation mit schlechten Sprachkenntnissen einwandern zu lassen. Sie hätten keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Die Prekarisierung würde sich verstärken. |
| Dass sich das Erscheinungsbild in Regionen mit hoher Zuwanderung ändert, hat auch positive Seiten. Zuwanderung kann auch kulturelle Vielfalt und Bereicherung bedeuten. Einwanderungsgesellschaft und MigrantInnen können von Zuwanderung gleichermaßen profitieren. | Viele Migranten kommen heute aus Staaten / Regionen mit vollkommen anderen kulturellen Strukturen; sie sind wesentlich schwerer zu integrieren als z. B. die europäisch sozialisierten und gut qualifizierten Flüchtlinge / MigrantInnen in der Nachkriegszeit (v.a. aus den damaligen osteuropäischen Staaten) |
|  | Durch das Prinzip der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU gibt es eine große Binnenmigration innerhalb der EU. Diese muss vorrangig politisch bewältigt werden. |
| Dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Einwanderern gesunken ist, hat v.a. mit einseitiger Medienberichterstattung (v.a. Problemperspektive; Skandalisierung) zu tun. Wenn wir offener / vorurteilsfreier über Migration diskutieren, steigt auch die Akzeptanz. | Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Einwanderern ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Diese Vorbehalte der Menschen gegen weitere Zuwanderung muss politisch in einer Demokratie berücksichtigt werden. |
|  | Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Einwanderern ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Eine liberale Einwanderungspolitik führt zu politischen Ressentiments und verstärkt den Rechtspopulismus. Unter diesem Klima haben vor allem auch die Menschen zu leiden, die eingewandert und bereits integriert sind. |
| Es ist in der Praxis schwer, zwischen Konventionsflüchtlingen und so genannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ zu unterscheiden. Der Nachweis, politisch verfolgt zu sein, ist in der Praxis für die Betroffenen oft sehr schwer (die Regierungen stellen ihnen keine Bestätigung dafür aus, dass sie gefoltert worden sind). Außerdem scheitern viele an den bürokratischen Hürden des Asylrechts. Sie werden ausgewiesen, weil sie Formalfehler begangen haben, und nicht, obwohl sie Anspruch auf Asyl hätten. | Viele Menschen verlassen ihre Heimat nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Das ist zwar menschlich verständlich. Aber die völkerrechtlich bindende Genfer Konvention gewährt nur Menschen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt werden, das Recht auf Asyl. Armut oder wirtschaftliche Not sind keine Asylgründe. |
|  | Eine liberale Einwanderungspolitik schädigt auch die Herkunftsländer der Migranten. Diese Länder haben hohe Investitionskosten in die Bildung / Ausbildung junger Menschen. Wenn diese Menschen dann emigrieren, fehlt in diesen genau die Bevölkerungsgruppe, die diese für eine wirtschaftliche und politische Entwicklung brauchen würden. |
| Es ist unmenschlich, gut integrierte Menschen auszuweisen, weil sie an den Hürden des Einwanderungsrechts scheitern. Manchmal müssen Menschen, die viele Jahre legal in Österreich gelebt haben, Österreich wieder verlassen; teilweise auch Kinder / Jugendliche, die in Österreich geboren worden sind / aufgewachsen sind. Hier müsste Humanität Vorrang vor strenger Rechtsauslegung haben. Oder hier müsste ein „humanitäres Aufenthaltsrecht“ besser greifen. |  |
| Es ist volkswirtschaftlich gesehen dumm, gut ausgebildete und gut integrierte Migranten, die schon viele Jahre in Österreich gelebt haben, auszuweisen. Sie könnten und würden einen wichtigen Beitrag zur österreichischen Gesellschaft leisten. |  |
| Die restriktive europäische Einwanderungspolitik führt dazu, dass mafiöse Schlepper-Organisationen viel Geld auf Kosten armer Menschen verdienen. Es befördert die organisierte Kriminalität, die mit großem finanziellem Aufwand bekämpft werden muss. | Offene Grenzen und liberale Einwanderungsbestimmungen würden dazu führen, dass noch mehr Menschen versuchen, aus Krisenregionen nach Westeuropa zu gelangen. Es gäbe einen Sog-Effekt. Mit Migration verbundene Probleme würden sich so vergrößern. |